

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen  
Berthold Weiß  
Haller Str. 70  
73479 Ellwangen  
0176.30464959  
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 27. November 2025

- Es gilt das gesprochene Wort -

## **Haushalt 2026 der Stadt Ellwangen**

### **Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen**

#### **Weniger Geld, mehr Priorisierung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dambacher,  
sehr geehrter Herr Thomer,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was ich vor dem Schreiben einer Haushaltsrede immer ganz gerne mache: Ich schaue mir unsere alten Reden an. Manchmal denke ich, dass ich diese alten Reden genauso wieder halten könnte, das würden wohl – außer Ihnen, Herr Thomer – die wenigsten merken. Dabei bin ich auf eine ganz alte Rede gestoßen, auf die aus dem Jahr 2005. Unser Kämmerer hieß damals Senger, und er hat uns in schöner Regelmäßigkeit darauf hingewiesen, unser Haushalt sei „notorisch unterfinanziert“. Genauso regelmäßig hat unsere Fraktion davor gewarnt, von „ständig steigenden Einnahmen“ auszugehen. Was leider von der großen Mehrheit in diesem Gremium nicht so gesehen wurde. Diese beiden Konstanten ziehen sich wie ein roter Faden durch die Haushaltsplanungen der letzten Jahrzehnte. Wobei: In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat uns ein beispielloser Boom „gerettet“, der durch eine Globalisierung der Weltmärkte unter Einbeziehung Chinas und - allen Klimasteuern zum Trotz - günstige Energiekosten ermöglicht wurde. Daran haben auch die Weltfinanzkrise 2007 oder Corona 2020 nichts geändert.

Im Gegenteil: Die Reaktion der Zentralbanken auf diese Finanzkrise bescherte uns historisch gesehen billigstes Geld, was uns wie alle anderen privaten und öffentlichen Akteure in trügerischer Sicherheit wähen ließ.

Trotzdem: Uns hätte klar sein müssen, dass dies keine Ewigkeitsklausel beinhaltet. Nun trifft uns die aktuelle Krise unserer Wirtschaft gleich doppelt: Nicht nur bei den eigenen Steuereinnahmen müssen wir mit einem Rückgang rechnen, sondern auch bei den staatlichen Zuwendungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wenn ich die Rede von Herrn Oberbürgermeister Dambacher zum Haushalt 2026 nachlese, sind die Verantwortlichkeiten benannt: Zum einen die der staatlichen Seite, vor allem also des Bundes, zum anderen unsere eigene, die kommunale.

Zum Staat:

Bereits vor 2 Jahren hatte der damalige Bundeswirtschaftsminister ganz klar benannt, dass die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse aufgrund der veränderten globalen Lage zu einer massiven Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland werde. Mehr Geld für die Verteidigung seien ohne sie genauso wenig zu finanzieren wie die Sanierung der maroden Infrastruktur. Leider hat die Blockade vor allem von CDU und FDP im Bundestag dafür Sorge getragen, dass diese dringend benötigten Mittel nicht zur Verfügung gestellt wurden. Noch vor nicht einmal einem Jahr hatte der damals erst künftige Bundeskanzler Merz einen Fall der Schuldenbremse kategorisch ausgeschlossen. Den Rest der Geschichte kennen wir alle. Das Problem dabei: Es gingen zwei Jahre ins Land, in welchen gerade auf diesen Feldern keine Investitionen getätigt werden konnten. Zwei Jahre, die uns jetzt schmerzhaft fehlen. Und der angekündigte „Herbst der Reformen“ scheint vor allem im Stopfen von Haushaltslöchern zu bestehen, nicht aber an der konsequenten Lösung struktureller Probleme.

Herr Thomer, in Ihrem Vorbericht zum Haushalt schreiben Sie, dass die hohe Wachstumsdynamik der Steuereinnahmen in 2024 zum Erliegen gekommen sei. Wie schon oben gesagt: Es war zu erwarten, dass dies eintreten werde. Unsere Fraktion hatte schon deutlich früher mit einem Rückgang der Einnahmen gerechnet. Und leider entwickelt die neue Bundesregierung so wenig wie die alte es getan hat Ideen, wie die höheren Ausgaben auch gegenfinanziert werden können. Aktuell wird Stimmung gegen Personengruppen gemacht, welche Betrugereien im Bereich Sozialleistungen begehen. Um ein Vielfaches höher liegen die Schäden für die öffentlichen Haushalte durch kriminelle Steuerhinterziehung. Konservative Schätzungen gehen davon aus, dass dadurch 40 –

50 Mrd. € jährlich verloren gehen. Ernsthafte Bestrebungen, dies zu unterbinden, sind nicht zu erkennen. Und leider gibt es auch im Bereich der „ausgesetzten“ Vermögenssteuer nach wie vor keine ernsthaften Anzeichen, dass diese wieder eingeführt werden soll.

Und zur Kommune:

Sie, Herr Oberbürgermeister, weisen immer wieder darauf hin, dass sich Verwaltung und Gemeinderat durch die Priorisierung der anstehenden Aufgaben einen klaren Fahrplan vorgeben. Das Regierungspräsidium, so lesen zumindest wir dessen Stellungnahmen zu den Haushalten der letzten Jahre, würde sich wünschen, dass wir diese Priorisierung etwas ernster nehmen. Also nicht: Nach eins kommt zwei kommt drei, sondern: Eins können wir machen, zwei und drei müssen wir auf die Zukunft schieben oder eben als nicht realisierbar zu den Akten legen. In dieser Konsequenz haben wir aber nie gehandelt.

Aber vielleicht können wir bei unseren Priorisierungs-Klausuren gar nicht viel mehr erreichen. Zum einen bleibt so gut wie keine Zeit, die von der Verwaltung vorgestellten Projekte zu diskutieren und tatsächlich das eine oder andere auf die nächsten Jahre zu verschieben oder ganz zu begraben – so wie wir das z.B. Anfang der 2000er Jahre im Hinblick auf eine Stadthalle gemacht haben. Wir schlagen deshalb vor, uns wie zu Beginn dieses Priorisierungsprozesses mehr Zeit und vor allem eine externe Moderation zu gönnen. So, wie wir das aktuell durchführen, gleicht das eher einer Leistungsschau der Verwaltung als einer harten Gegenüberstellung mit den finanzpolitischen Realitäten, die dann auch zu kommunalpolitischen Konsequenzen führt.

Gerade aus diesem Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir der Auffassung waren, dass wir uns eben nicht auf die wichtigen Themen konzentrieren, sondern eher nach dem Motto „Wünsch Dir was“ handeln, haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder dem Haushaltsentwurf nicht zugestimmt. Vom Ergebnis her müssen wir – leider - feststellen, dass diese Ablehnung nur zu berechtigt war.

Die Antwort der Rechtsaufsichtsbehörde zum Haushaltsplan 2025 haben wir ja noch alle in Erinnerung. Wenn auch nicht in bester: Zusammengefasst hieß es da, man werde beide Augen zudrücken und den Haushalt genehmigen, immerhin sei von der Stadt ja auch die Landesgartenschau zu finanzieren. Gleichzeitig wurde eine konsequente Ausgaben- und Aufgabenkritik gefordert. Ich glaube nicht, dass wir letzterem nachgekommen sind. Ein Beispiel, welches Sie nicht gerne hören werden, liebe Kolleginnen und

Kollegen: Explizit erwähnt wird im Vorbericht der Stadtverwaltung das Großprojekt „Ellwangen Süd“, welches „finanzielle Mittel“ binde und „den Schuldenstand in eine neue Größenordnung heben“ werde. Unsere Fraktion hatte Ihnen ja vorgeschlagen, uns erst einmal auf den Technischen Bereich zu konzentrieren und damit zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits hätten wir unsere investiven Ausgaben mit allen Folgebelastungen für den Finanzhaushalt reduzieren können, andererseits hätten wir die Verwaltungsausgaben etwas geringer halten können. Der unbedingte Wille der Mehrheit in diesem Gremium und der Stadtverwaltung war aber, das Projekt in der geplanten Größenordnung unverändert weiter zu betreiben. Nur um in der Gegenwart angekommen vor der Tatsache zu stehen, dass nun bundespolitische Überlegungen das Gesamtprojekt vor eine ungewisse Zukunft stellen. Schade, Herr Oberbürgermeister, dass Ihre Zuvorsicht im Frühjahr, der Kaufvertrag für den Hungerberg-Bereich werde demnächst unterschrieben, so enttäuscht wurde. Wir wollen das Thema „Luftschlösser“ und die Frage, wer die schöneren ausgemalt hat, in diesem Zusammenhang nicht noch einmal aufgreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf S. 28 des Haushaltsplanes stehen für unser Gremium interessante Einschätzungen: Das „hohe Minus des Ergebnishaushalts“, so schreibt uns die Verwaltung ins Stammbuch, „wird die Stadt zwingen, die strukturellen Probleme anzugehen.“ Wir hätten das gerne früher und ohne Zwang gehabt. Weil uns nun eben „schmerzhaft Einschnitte drohen, welche von Gemeinderat und Verwaltung gemeinsam vertreten werden müssen“. Leider hat uns die Verwaltung keinen Hinweis gegeben, wo diese Einschnitte erfolgen sollen. Am Investitionsprogramm können wir das nicht erkennen, beim Personal auch nicht. Was wir auf keinen Fall möchten: Dass uns das Land diktiert, was bei uns in Ellwangen noch machbar ist und was nicht.

Womit ich zum Stellenplan kommen möchte. Natürlich hat die Verwaltung Recht, wenn sie in Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden beklagt, dass der Bund zwar bestelle, aber nicht bezahle. Letzteres bleibt größtenteils an der Kommune hängen, wie uns ja bei den Kosten für die Kinderbetreuung aufgezeigt wird. Zwar wird uns gesagt, welche Standards wir bei Kindertagesstätten und der Betreuung in Grundschulen vorzuhalten hätten. Wie wir das aber bezahlen sollen: Fehlanzeige. Deshalb wird uns nicht viel anderes übrigbleiben, als z.B. den vorgeschlagenen Stellen für diesen Bereich zuzustimmen. Es macht ja keinen Sinn, KiTas zu bauen und dann kein pädagogisches Personal einzustellen. Auch bei den Bauhofstellen sehen wir eine gewisse Zwangsläufigkeit: Wenn wir nicht wollen, dass die mit einem Millionenaufwand an Steuergeldern

geschaffenen Anlagen der Landesgartenschau wieder verkommen, müssen wir auch den Bauhof entsprechend ausstatten.

Trotzdem denken wir, ein „weiter so“ können wir uns nicht länger leisten. Wir müssen uns die Frage stellen, ob unsere Organisationseinheiten, ob die Stadtverwaltung insgesamt so aufgestellt ist, dass sie den Aufgaben noch gerecht wird. Oder ob wir nicht mit einer anderen Organisationsstruktur ein deutliches Mehr an Effizienz gewinnen können. Das betrifft die Kernverwaltung, genauso wie die Frage nach Möglichkeiten, die Arbeit des Bauhofs effektiver zu organisieren. Wir denken hier an ein Organisationsgutachten, welches bei einer externen Stelle beauftragt werden sollte und bitten die Verwaltung um entsprechende Vorschläge im nächsten Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir kommen jetzt nicht mit weiteren Projekten, welche für die GRÜNE Fraktion große Bedeutung haben und im nächsten Jahr umgesetzt werden sollten. Dazu sehen wir definitiv keinen Handlungsspielraum. Leider haben wir aufgrund der bereits in unserem Gremium getroffenen Entscheidungen auch keine Vorschläge, wie wir den nächsten Haushalt substantiell entlasten könnten. Wir werden wie schon in vergangenen Jahren hoffen müssen, dass die Verwaltung extrem sparsam wirtschaftet und wirklich nur die notwendigsten Ausgaben auch realisieren, nur zwingend notwendige Stellen auch besetzen wird. Wir könnten uns allerdings vorstellen, dass wir als Gemeinderat für die nächsten zwei Jahre die für das Ortschaftsbudget vorgesehenen Mittel aussetzen und uns im übernächsten Jahr mit der Frage beschäftigen, ob wir dies weiterverfolgen wollen. In der aktuellen extrem angespannten Haushaltslage sehen wir hier eine Möglichkeit, wenigstens diesen Betrag einzusparen.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.